



KANTONSratsPROTOKOLL

Sitzung vom 16. März 2021
Kantonsratspräsidentin Fanaj Ylfete

P 525 Postulat Muff Sara und Mit. über eine Anlaufstelle für Long-Covid-Betroffene / Gesundheits- und Sozialdepartement

Das Postulat P 525 wurde auf die März-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden. Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung mit 111 zu 2 Stimmen zu.

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.

Sara Muff hält an ihrem Postulat fest.

Sara Muff: Die akute Phase der Covid-19-Erkrankung ist vorbei, aber die Schmerzen wollen nicht verschwinden – starke Kopfschmerzen, Müdigkeit, Depression, Husten oder Atemnot. Ein Teil der an Covid-19 erkrankten Personen kämpft mit erheblichen Langzeitfolgen. Wie viele davon betroffen sind, liess sich bisher kaum abschätzen. Nun bringt eine Studie Licht ins Dunkel, und die Ergebnisse sind alarmierend. Jede vierte Person, welche eine Covid-19-Infektion durchgemacht hat, leidet mindestens noch an einem Symptom, und mindestens jede zehnte von Long Covid betroffene Person ist noch in einem schlechten Gesundheitszustand und im Alltag sehr eingeschränkt. Die Regierung empfiehlt mein Postulat abzulehnen mit der Begründung, dass das Luzerner Kantonsspital (LUKS) den Aufbau einer Long-Covid-Anlaufstelle prüfe. Die medizinische Versorgung sei gewährleistet, und man solle die Hausärztinnen und -ärzte konsultieren. Immer höre ich in diesem Rat, dass ein Anliegen richtig ist, und trotzdem wird es abgelehnt. Solange der Bund keine finanzielle Unterstützung leistet, wird nur das absolute Minimum getan. Meine Forderung ist bewusst offen formuliert. Die Anlaufstelle kann gerne vom LUKS aufgebaut werden. Dann muss der Kanton aber auch seiner Verantwortung nachkommen und diese gemeinwirtschaftliche Leistung entschädigen. Die Spitäler stehen unter Druck. Sie kämpfen nach wie vor mit den Umsatzeinbussen wegen der im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie abgesagten Eingriffe und wissen nach wie vor nicht, mit welcher Unterstützung sie diesbezüglich rechnen können. Der Kostendruck im Gesundheitswesen wird immer auf dem Rücken des Personals ausgetragen. Wer also für die Pflege applaudiert hat, sollte diesem Postulat zustimmen, auch für die in Gesundheitsberufen Beschäftigten, welche schon vor der Pandemie mit vielen Problemen zu kämpfen hatten. Zum Punkt, man solle die Hausärztinnen und -ärzte konsultieren: Diese sind bereits stark in den Kampf der Pandemiebekämpfung eingebunden. Sie beraten, sie testen, sie sollen impfen. Auf den Hausarztpraxen lastete bereits vor der Pandemie ein grosser Druck, da ein Mangel besteht. Die Situation hat sich aktuell nochmals verschärft und wird sich durch Long Covid nochmals zuspitzen. Wir können nicht erwarten, dass sich nun alle Hausärztinnen und -ärzte jeden Abend noch mit dem neusten Fachwissen eindecken, denn es kommen täglich neue Erkenntnisse dazu. Wir erwarten vom Kanton Unterstützung der Gesundheitsversorgerinnen und -versorger, auch in Bezug auf Wissenstransfer. In Bundesbern wurden durch den Ständerat diesbezüglich ebenfalls Forderungen an den Bundesrat gestellt. Doch auch die

betroffenen Personen sind verunsichert und leiden. Sie können ihren Alltag nicht bestreiten. Ich habe mit mehreren Personen gesprochen. Bei ihnen wurde Long Covid nicht als solches erkannt. Sie erhielten bei langanhaltenden, täglichen Kopfschmerzen nach der Covid-19-Infektion Schmerztabletten, und es hiess, das könne im Alter schon einmal vorkommen. Diese Personen benötigen Sicherheit. Eine niederschwellige kantonale Anlaufstelle kann diese Sicherheit geben. Das Wissen wird an einem Ort zentralisiert, damit schneller und effektiver beraten und behandelt werden kann. Angesichts der hohen Fallzahlen ist es entscheidend, nun rasch zu handeln. Ein Abwarten, bis irgendwann irgendwo eine Anlaufstelle geschaffen wird, hilft den betroffenen Personen und auch dem medizinischen Personal nicht weiter. Die Menschen benötigen jetzt Antworten und medizinische Hilfe. Ich bitte Sie, mein Postulat erheblich zu erklären.

Claudia Huser Barmettler: Die von den Folgen von Long Covid Betroffenen brauchen Unterstützung, denn es könnte jeden treffen. Das LUKS prüft zurzeit den Aufbau einer entsprechenden Anlaufstelle. Die Ansiedlung einer solchen Anlaufstelle beim LUKS ist der richtige Ort. Mir machen nebst den langfristigen Folgen aber auch die psychosomatischen Folgen einer Covid-19-Infektion Sorgen. Es ist bekannt, dass dadurch die Belastbarkeit bei einigen Personen beeinträchtigt wird. Wir werden uns damit abfinden müssen, dass Personen, die bis anhin fest im Privat- und Berufsleben verankert waren, in ihrem beruflichen Alltag plötzlich massiv eingeschränkt sind und ihrer bisherigen Tätigkeit gar nicht mehr nachgehen können. Sie werden Unterstützung benötigen, und es muss nach einer neuen Lösung gesucht werden. Daher liegt die Verantwortung meiner Meinung nach eher beim Sozialversicherungszentrum WAS Wirtschaft Arbeit Soziales, dort soll das entsprechende Know-how aufgebaut werden. Die von den Langzeitfolgen betroffenen Personen müssen allenfalls in eine andere berufliche Laufbahn gelenkt werden, oder es gilt abzuklären, ob es in Richtung erster oder zweiter Arbeitsmarkt geht. So wird beispielsweise die IG Arbeit stark gefordert sein. Diesbezüglich sehen wir einen grossen Handlungsbedarf. Was die gesundheitlichen Folgen angeht, so sind die betroffenen Personen bereits in Behandlung und haben ihre Ansprechpersonen. Aus diesen Gründen lehnt die GLP-Fraktion das Postulat ab.

Hannes Koch: Die G/JG-Fraktion stimmt der Erheblicherklärung zu. Die Regierung begründet ihre Ablehnung damit, dass Personen mit Verdacht auf Long Covid durch die Fachärzteschaft behandelt werden, und die Betroffenen sollen sich zuerst bei ihren Hausärzten melden. Das ist richtig. Es ist aber eine Tatsache, dass die Folgen von Long Covid noch wenig bekannt sind und laufend neue Erkenntnisse hinzukommen. Die Hausärztinnen und -ärzte leisten eine unverzichtbare Arbeit. Sie haben während der gesamten Covid-19-Pandemie eine äusserst wichtige Aufgabe geleistet und werden durch das Impfen und Testen weiterhin involviert sein. Für ihre Leistungen erhalten sie zum Teil aber auch eine ungenügende finanzielle Entschädigung. Die Hausärztinnen und -ärzte, aber auch die Fachärzteschaft müssen aktuelle Informationen einholen und dieses Wissen an ihre Patientinnen und Patienten weitergeben können. Gemäss Stellungnahme des Regierungsrates prüft das LUKS den Aufbau einer solchen Anlaufstelle, und genau davon handelt das Postulat. Der Aufbau hat Kosten zur Folge, welche über die gemeinwirtschaftlichen Leistungen finanziert und vom Kanton getragen werden müssen. Das Postulat fordert keine weitere Anlaufstelle, sondern es geht darum, der geplanten Anlaufstelle das nötige Gewicht zu verleihen. Nach aktuellem Wissensstand leiden ungefähr 10 Prozent der Covid-19-Infizierten an Long Covid. Das ist ein hoher Anteil, was wiederum für eine solche Anlaufstelle spricht.

Helen Schurtenberger: Täglich infizieren sich Menschen mit dem neuen Coronavirus. Die allermeisten bekommen davon gar nichts mit, oder der Verlauf ist mild. Nach zwei Wochen mit Fieber, Husten oder Kopfschmerzen scheint die Infektion überstanden. Ein geringer Anteil der Infizierten hat einen schwerwiegenderen Verlauf, sie müssen ins Krankenhaus und im schlimmsten Fall sogar künstlich beatmet werden. Immer mehr Studien zeigen aber, dass auch Patienten, die Corona zu Hause auf der Couch auskurierten, etwas mit den Krankenhauspatienten gemeinsam haben: Viele leiden noch nach Wochen oder Monaten an

den Folgen der Infektion. Das Phänomen wird von den Forschern Long Covid genannt und gibt viele Rätsel auf, denn es betrifft die Atemwege, das Herz-Kreislauf-System, den Muskelapparat und das Nervensystem, und auch der Stoffwechsel ist davon betroffen. Wenn man sich krank fühlt und gesundheitliche Probleme hat, wird man von Fachärzten behandelt, um man versucht, die Ursachen und Symptome zu mildern und zu behandeln. Fälle von Long Covid sind bekannt, und man versucht, den Ursachen für die Langzeitfolgen auf den Grund zu gehen. Das LUKS prüft bereits den Aufbau einer entsprechenden Anlaufstelle. Aus diesem Grund lehnt die FDP-Fraktion das Postulat ab.

Stephan Schärli: Universitätsspitäler wie das LUKS sind am Abklären und am Aufbauen von solchen Anlaufstellen. Wie mehrfach gesagt wurde, gibt es über Long Covid laufend neue Studien und neue Informationen. Es ist deshalb wichtig, dass sich Spezialisten dieser Sache annehmen und sie die Hausärzte auf den neusten Stand des Wissens bringen. Meiner Meinung nach wäre eine zusätzliche Stelle nicht der richtige Weg und würde das Ganze nur noch erschweren. Es ist wichtig, dass Long-Covid-Patienten von den gleichen Ärzten und in den gleichen Spitälern behandelt werden wie bei ihrer Ersttherapie. Auf diese Weise gehen keine wertvollen Daten und Informationen verloren. Aus diesem Grund lehnt die CVP-Fraktion das Postulat ab.

Urban Frye: Es gibt noch einen anderen, eminent wichtigen Aspekt, nämlich die Beziehung zwischen dem Arbeitnehmenden und dem Arbeitgebenden. Für den Arbeitgebenden ist die Beschäftigung eines Long-Covid-Patienten nicht immer einfach, da es oft keine sichtbaren Symptome gibt. Auch die Hausärzte können mit dieser Situation überfordert sein. Der Arbeitgeber holt allenfalls eine Zweitmeinung ein, und genau für solche Fälle braucht es eine Anlaufstelle, und zwar eine medizinische und nicht das WAS. Die Arbeitnehmenden können so geschützt werden, und die Beziehung zwischen dem Arbeitnehmenden und dem Arbeitgebenden bleibt intakt.

Räto B. Camenisch: Wir alle befinden uns im Banne dieser Corona-Situation, und alle meinen, sie müssten doch etwas Gutes tun. Das ist auch richtig so. Grundsätzlich gibt es aber auch bei anderen Krankheiten solche schweren postinfektiösen Zustände wie beim Long-Covid-Syndrom, zum Beispiel Mononukleose oder das bekannte Chronic Fatigue Syndrome, welches oft zu Invalidität führt. Die Hausärzte sind nicht überfordert, sondern das ist ihr Alltag. Sie müssen auch triagieren können. Es ist richtig, wenn die Betroffenen in speziellen Fällen an eine andere Stelle weitergeleitet werden können. In den Spitälern gibt es bereits x Spezialisten für jede Schattierung von Problemen. Deshalb braucht es keine neue Anlaufstelle, sondern die bestehenden Stellen müssen richtig genutzt werden. Die Hausärzte und -ärztinnen sind die richtige Stelle, um diese Kanalisierung vornehmen zu können.

Sara Muff: Bis auf meinen Vorredner sind alle der Meinung, dass es im Kanton eine solche Anlaufstelle für Long-Covid-Betroffene braucht. Mein Postulat ist offen formuliert, das LUKS kann gerne eine solche Anlaufstelle schaffen, aber in diesem Fall soll die gemeinwirtschaftliche Leistung finanziert werden.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Mit der Ausgangslage sind wir einverstanden, diese ist korrekt dargestellt. Long Covid ist eine Herausforderung, es gibt Menschen, die Atembeschwerden, Kopfschmerzen oder Husten haben. Unsere Stellungnahme hat aber nichts mit der Pflege und dem Applaudieren zu tun. Es geht auch nicht darum, dass wir Mittel sparen wollen. Räto B. Camenisch hat es richtig gesagt: es braucht jemanden, der eine Kanalisierung vornimmt. Es gibt verschiedene Anlaufstellen, nicht nur das LUKS. Auch die Luzerner Psychiatrie (Lups) steht wegen Covid vor einer Herausforderung. Bei der Lups gibt es eine Liste mit Personen, die auf eine Behandlung warten müssen. Deshalb wurde beim Personal aufgestockt. Auch die Höhenklinik Montana ist gefragt. Sie hat entsprechende Spezialgebiete und kann deshalb Dienstleistungen anbieten. Wie es Claudia Huser Barmettler gesagt hat, kommt auch dem WAS eine wichtige Funktion zu. Es wird vermehrt zu IV-Bezögern infolge Corona kommen. Auf diese Situation müssen wir uns ebenfalls vorbereiten. All diese Aufgaben können nicht nur von einer Anlaufstelle beim LUKS

übernommen werden, die zudem noch niederschwellig sein soll. Im Vorfeld braucht es aber jemanden, der kanalisiert und sich medizinisch auskennt. In unserem Gesundheitssystem sind das die Hausärztinnen und -ärzte. Ich bitte Sie deshalb im Namen der Regierung, das Postulat abzulehnen. Das LUKS ist daran, hier gewisse Leistungen anzubieten nicht nur für den Kanton Luzern, sondern für die Zentralschweiz und in Zusammenarbeit mit dem Universitätsspital Zürich.

Der Rat lehnt das Postulat mit 72 zu 28 Stimmen ab.